

Antrag P18: Solidarisch leben und wirtschaften – sozial-ökologischen Umbau vorantreiben!

Antragsteller*in: BAG Ökologische Plattform, Edith Bartelmus-Scholich (Bundesausschuss), Marcus Otto (Berlin, Bundesausschuss)

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Solidarisch leben und wirtschaften – sozial-ökologischen Umbau vorantreiben!**

2 Globale Erwärmung, Biosphäre, Entwaldung, Schadstoffe / Plastik, Stickstoffkreisläufe
3 und Süßwasser: Sechs von neun der planetaren Grenzen sind heute überschritten.
4 Besonders betroffen von den Krisenerscheinungen des Kapitalismus sind Lohnabhängige
5 und unter diesen am stärksten Menschen im globalen Süden. Praktisch bedeutet das,
6 linke Politik kann nicht mehr die gleichen Prioritäten setzen, wie vor der massiven
7 Manifestation der multiplen Krise des Kapitalismus. Sie muss heute dem Konzept
8 sicherer und gerechter planetarer Grenzen folgen.

9 Die bürgerliche Gesellschaft mit ihrer kapitalistischen Wirtschaftsweise bringt große
10 Teile der Weltbevölkerung um ein menschenwürdiges Leben. Sie bedroht das Menschsein
11 und die Menschheit. 50 Jahre nach dem ersten Bericht des Club of Rome, der eine
12 Übernutzung der globalen Ressourcen feststellte, werden diese weiterhin forciert
13 gefördert, natürliche Lebensbedingungen zerstört. Das Ergebnis ist, dass Rohstoffe
14 für zukünftige Bedürfnisse fast aufgebraucht sind und sich zunehmend verteuern^[1].

15 Die nach der Rio-Konferenz 1992 seit 1995 stattfindende UN-Klimakonferenzen haben den
16 Anstieg der globalen Erwärmung nicht gestoppt. Darunter leiden die global Ärmsten
17 bereits seit Jahrzehnten. Die Hauptverursacher ihrer Nöte und Bedrohungen sind die
18 Konzerne und Herrschenden in den Zentren der kapitalistischen Wirtschaftsweise. Mit
19 ihrem Profitstreben, mit der uns aufgezwungenen Lebensweise, mit ihrer „Sicherheits-
20 “, Militarisierungs- und Rüstungspolitik werden die wenigen noch verbliebenen
21 Ressourcen, die Bedürfnissen dienen können, vernichtet, um kurzfristig Einfluss zu
22 sichern. Die Herrschenden führen Kriege, treiben Menschen zur Flucht, schaffen neue
23 Kriegsgefahren einschließlich der eines globalen Atomkrieges. Jeder dieser Kriege und
24 Stellvertreterkriege zerstört Leben, Zukunft, Umwelt und knappe Ressourcen – sie sind
25 vor dem Hintergrund der Umwelt- und Klimakatastrophe verbrecherischer als je zuvor.

26 Die Linke als sozialistische Partei, die die soziale Gerechtigkeit in das Zentrum
27 ihrer Politik gestellt hat und die an der Vision einer Gesellschaft der Freien und
28 Gleichen festhält, hat der herrschenden Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik den
29 Kampf angesagt. Sie sieht sich gefordert, ihr Ringen um solidarisches Wirtschaften
30 und somit um einen gerechten sozial-ökologischen Umbau zu intensivieren. Die Linke
31 will alle Formen und Instrumente demokratischer Politik nutzen, um die
32 gesellschaftliche Entwicklung in Deutschland, der EU und der Welt wirksamer
33 mitzubestimmen. Insbesondere will sie das gesellschaftliche Wirtschaftsleben
34 zugunsten kommender Generationen demokratisieren und es an die an die natürlich
35 vorhandenen Möglichkeiten und Gegebenheiten anpassen.

36 Solche gesellschaftlichen Veränderungen beginnen erst, wenn wir uns auch selbst
37 verändern. Hierzu benötigen wir einen kollektiven Erkenntnisprozess.

38 Der Parteitag beschließt:

39 1. Die Mitglieder der Partei, ihre Gliederungen, Zusammenschlüsse bzw.
40 Arbeitsgemeinschaften und Vorstände werden aufgerufen, lokale und regionale Foren zum
41 sozial-ökologischen Umbau und zum solidarischen Wirtschaften zu organisieren und

42 durchzuführen. Dort sollen Erfahrungen, Vorstellungen, Projekte und Modelle, die auf
43 solidarisches und daher insbesondere ökologisch verantwortungsvolles Handeln zielen,
44 diskutiert werden. Ein mögliches Motto ist: „Solidarisch wirtschaften, damit es für
45 alle gut für immer reicht – bei uns, in der EU und Europa, weltweit“.

46 2. Der Parteivorstand bildet eine Arbeitsgruppe, die die Ergebnisse der Foren
47 analysiert und Vorschläge für weitergehende bzw. vernetzende Aktivitäten bzw.
48 Vorhaben/Kampagnen unterbreitet. Die Arbeitsgruppe bereitet ein bundesweites Forum
49 der Partei zum solidarischen Wirtschaften und so zum sozial-ökologischen Umbau vor.
50 Es sollte im Kontext mit einer zentralen Veranstaltung bzw. Konferenz, die praktische
51 Problemlösungen und Konzepte der Partei möglichst öffentlichkeitswirksam präsentiert
52 und debattiert, veranstaltet werden und möglichst breit Protagonist*innen der Umwelt-
53 , Klima- und Friedensbewegung einbinden. Das Forum und die Veranstaltung sollen
54 beitragen eine Tagung des Parteitages im Jahre 2026 vorzubereiten bzw. mit dieser
55 verbunden werden.

56 3. Die Arbeitsgruppe organisiert die Herausgabe eines Materials für die
57 innerparteiliche politische Bildung, das „solidarisches Wirtschaften“ wie sozial-
58 ökologischen Umbau erklärt. Es soll Zusammenhänge zwischen der Ökonomie, dem
59 Sozialen, der Ökologie und der Demokratie aufzeigen, Diskussionen anregen und auf
60 konkretes politisches Handeln zielen.

61 Die Öffentlichkeitsarbeit wird die ökologische Dimension in unserer Gesamtpolitik und
62 die entsprechenden wirtschaftspolitischen Konzepte der Partei stärker kommunizieren.

63 4. Auf den unter 1. und 2. genannten Foren bzw. auf der zentralen
64 Veranstaltung/Konferenz und der Tagung des Parteitages interessiert insbesondere, wie
65 die verschiedenen Formen demokratischer Politik – von der Straßenblockade aus Protest
66 (z. B. gegen Castor- und Rüstungstransporte oder die Erderhitzung), über
67 partizipative Prozesse, Aktivitäten im politischen Alltag, parlamentarische Arbeit
68 und Teilhabe an Verwaltungs- und Regierungshandeln – koordiniert genutzt werden
69 können, um Politikwirksamkeit zu erhöhen. Probleme und Widersprüche sollen offen und
70 solidarisch debattiert werden.

71 5. Die fachpolitischen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger der LINKEN in den
72 Parlamenten, Verwaltungen bzw. Regierungen werden gebeten, sich in die Vorbereitung
73 und Durchführung der Foren aktiv einzubringen. Die in der Bundesstiftung und im
74 Stiftungsverbund der RLS tätigen Genossinnen und Genossen der Partei werden
75 aufgerufen, sich an der innerparteilichen politischen Bildung und insbesondere an der
76 Erarbeitung des unter Punkt 3. genannten Bildungsmaterials engagiert zu beteiligen.

77 [\[1\]](#) Ugo Bardi, der geplünderte Planet, 2013, Helge Peukert, „klimaneutralität Jetzt“,
78 Marburg 2022

Begründung

Nur ein radikales Umsteuern der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung wird ein menschenwürdiges Leben für jede und jeden und damit soziale und ökologische Gerechtigkeit weltweit ermöglichen. Die Herausforderung ist eindeutig: JETZT endlich müssen Elend, Armut und soziale Ausgrenzung wirksamer bekämpft, der weiteren Zerstörung des Klimas, der biologischen Vielfalt, der natürlichen Lebensbedingungen Einhalt geboten werden. Das heißt zunächst und vor allem, JETZT Schluss zu machen mit Austeritätspolitik und Ausplünderung von Mensch und Natur, Schluss mit einer „Sicherheitspolitik“, die Krieg toleriert und Unsicherheit mehrt, mit profitfixierter Wirtschaftspolitik. JETZT muss ihr Ersatz beginnen – mit sozialgerechter Umverteilung von Einkommen, Vermögen und Ressourcen, mit der systematischen Verbesserung

der Bedingungen für „gute Arbeit“, mit Hilfen für die Opfer von Gewalt und mit Entspannungspolitik, mit dem Umbau der Produktions- und Konsumtionsstrukturen, mit der Umstellung der individuellen und kollektiven Lebensstile. Dieser sozial-ökologische Umbau der Gesellschaft beginnt und geht einher mit dem Ringen um die Demokratisierung politischer Entscheidungsprozesse durch jene, die solidarisch leben und wirtschaften wollen.

Sichere und gerechte planetare Grenzen bedeuten politisch: Wie kann sichergestellt werden, dass die Menschheit zur Verfügung stehende Ressourcen jetzt und Zukunft gerecht nutzt und nicht viele

Menschen ungleich von Veränderungen oder Mängel betroffen sind? Dabei werden drei Formen von Gerechtigkeit berücksichtigt: Gerechtigkeit gegenüber anderen Lebewesen und Ökosystemen, Gerechtigkeit gegenüber den nächsten Generationen und Gerechtigkeit gegenüber den Menschen der heutigen Generation, unabhängig davon, wo und wie sie leben. Dabei zielen diese Grenzen darauf, Menschen vor erheblichen Schäden zu schützen. Dazu zählen der Verlust von Menschenleben, Lebensunterhalt oder Einkommen, Vertreibung, Verlust von Nahrungsmitteln sowie Wasser- oder Ernährungssicherheit. Der zusätzliche Aspekt der Gerechtigkeit führt zu strengeren planetaren Grenzen. Der gerechte Handlungsraum muss dabei sowohl lokal als auch global definiert werden.

DIE LINKE. hat auf den verschiedenen politischen Ebenen in vielfältigen politischen Aktivitäten – von Straßenblockaden, Demonstrationen, Petitionen über Projekte der Lokal-, Kommunal- und Landes-, Bundes-, EU- und Europapolitik bis hin zu parlamentarischen Initiativen und zur Teilhabe an Verwaltungen und Regierungen – bewiesen: Soziale Gerechtigkeit, Demokratie, Frieden, Gleichstellung der Geschlechter und Ethnien, gleichgestellte Teilhabe von Menschen mit und ohne Behinderungen am gesellschaftlichen Leben, solidarisches Miteinander und damit insbesondere Internationalismus und Ökologie sind ihr wichtig. Es gibt eine große Anzahl von Konzepten, Programmen und anderen Ausarbeitungen, die belegen, dass in der Partei an Zukunftsvisionen und konkreten Wegen des sozial-ökologischen Umbaus gearbeitet wird. Aber seltener werden eigene konkrete Referenzprojekte für Problemlösungen in der Kommune und im Land initiiert und vertreten. Erlangte Erfolge werden nicht ausreichend durch die Landes- und Bundespartei kommuniziert. Die Parteigliederungen werden in ihrer Breite nicht konsequent als Orte solidarischen, ökologischen und alternativ-kulturellen Lebens wahrgenommen. Es besteht zwar ein großes öffentliches Interesse an sozialökologischen Themen und wirtschaftspolitischen Konzepten, jedoch werden diese nur wenig mit linker bzw. sozialistischer Politik in Verbindung gebracht.

Unser Antrag zielt auf die Aktivierung aller Gliederungen der LINKEN, sich sichtbar und aktiv für den sozial-ökologischen Umbau in Wort und Tat zu engagieren. Mit unserer Initiative knüpfen wir an die vielfältigen emanzipativen Aktivitäten anderer demokratischer Akteure an und nehmen die Umwelt- und Klimakatastrophe in ihrer tatsächlichen Dimension wahr.